



+++ Girl's Day +++
Teilnehmerin gesucht!

Die SPD-Bundestagsfraktion lädt jedes Jahr am Girl's Day am 27. April rund 80 Schülerinnen ins politische Berlin ein, organisiert ein umfangreiches Rahmenprogramm und bietet den interessierten Mädchen die Möglichkeit, direkt mit Abgeordneten über ihnen wichtige Themen zu sprechen.

Auch dieses Jahr hat wieder ein Mädchen aus meinem Wahlkreis die Möglichkeit, an diesem Programm teilzunehmen und so in die Berliner Politik „reinzuschnuppern“.

Bewerben können sich Schülerinnen zwischen 14 und 18 Jahren. Abfahrt ist am 26. April. Unterbringung, Verpflegung sowie An- und Abreise sind für die Teilnehmerin kostenlos. **Bewerbungen bitte bis zum 13.2.2017 per Mail an: brigitte.zypries@bundestag.de**

Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

17. Januar 2017

Liebe Leserin, lieber Leser,

die **erste Sitzungswoche des neuen Jahres** steht an. Wie üblich tagen heute verschiedene Arbeitsgruppen und die Fraktionen, ab morgen beginnt das Plenum.

Die Regierungsfractionen haben sich darauf verständigt, dass der **Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt** durch eine Ermittlergruppe im Parlamentarischen Kontrollgremium aufgeklärt werden soll. Anschließend werden wir entscheiden, ob und ggf. welche weiteren Sicherheitslücken geschlossen werden müssen. Im Anschluss an die Fragestunde wird es morgen eine aktuelle Stunde zum Vorgehen gegen Gefährder geben.

Auch der Kampf gegen Rechtsextremismus geht weiter. Wie viel Extremismus hält unsere demokratische Verfassung aus – und wo liegt eine Grenze? Heute morgen hat das Bundesverfassungsgericht seine **Entscheidung im NPD-Verbotsverfahren** verkündet: Die NPD müssen wir weiterhin dulden – sie hat zwar verfassungsfeindliche Ziele, aber eine echte Gefahr für unsere freiheitliche Grundordnung geht von ihr nicht aus. Das sehe ich genauso: Wir werden sie weiter mit Argumenten bekämpfen, bis sie endgültig bedeutungslos geworden ist – auf dem Weg dahin ist sie ohnehin!

Schon am Donnerstag und Freitag letzter Woche traf sich die **SPD-Bundestagsfraktion zu einer Klausursitzung**, deren Themen die Bereiche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit waren. Einzelheiten zu den Beschlüssen auf den folgenden Seiten dieses Newsletters.

Aber zunächst müssen wir noch den **Gewinner des Weihnachtsrätsels** bekanntgeben! **Kurt Wolfgang Walter aus Darmstadt** hat – wie eine Menge anderer Einsender – die richtige Lösung „Tannenbaum“ gewusst. Zusätzlich hatte er das Losglück und darf sich jetzt gemeinsam mit seiner Frau Renate auf eine Berlinreise im März freuen. Herzlichen Glückwunsch!

Ich wünsche Euch und Ihnen ein gutes neues Jahr und eine schöne Woche!

Brigitte Zypries



+++ Veranstaltungshinweis +++

**Nachhaltige Stadtentwicklung
Wir können es schaffen!**

Am 19. März ist **Oberbürgermeisterwahl** in Darmstadt. Für die SPD kandidiert der Landtagsabgeordnete **Michael Siebel**. Eins der Themen, die für ihn besonders wichtig sind, ist bezahlbares Wohnen.

Gerade der Darmstädter Wohnungsmarkt ist sehr angespannt.

Michael Siebel hat **Prof. Dr. Lamia Messari-Becker**, Bau-Ingenieurin und Nachhaltigkeitsexpertin und den Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD Hessen, **Thorsten Schäfer-Gümbel**, eingeladen um **am Dienstag, den 24.1. um 20 Uhr im Karolinen-saal des Hessischen Staatsarchives** gemeinsam mit Ihnen zu diskutieren, was man tun kann, um das Recht auf bezahlbaren Wohnraum auch in Darmstadt durchzusetzen.

Sie sind herzlich eingeladen!

Beschlüsse der SPD-Fraktion zum Jahresbeginn

Immer zu Beginn des neuen Jahres trifft sich die SPD-Bundestagsfraktion, um die politische Lage zu besprechen und das Jahr zu planen. Letzten Donnerstag und Freitag war es wieder soweit und die Fraktion hat im Berliner Reichstagsgebäude zusammengesessen. Schwerpunkte unserer Beratungen waren die Themen **Sicherheit und soziale Gerechtigkeit**. Dazu hatten wir auch externe Gäste geladen: am Donnerstag den Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Holger Münch, und am Freitag DGB-Chef Reiner Hoffmann.

Wir waren uns einig: In einer Zeit großer Umbrüche bewahrt nur ein handlungsfähiger Staat unsere Freiheit und unsere Grundrechte. Ein Staat, der vor Altersarmut genauso schützt wie vor Kriminalität und Terror, der Wohlstand schafft und gerecht verteilt. **Nur in einer sicheren Gesellschaft kann soziale Gerechtigkeit wachsen – und umgekehrt!** Wir haben bei unseren Beratungen dazu **Beschlüsse** gefasst, die ich kurz vorstellen möchte:

- **Konsequenzen aus dem Terroranschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt**

Kein Staat auf der Welt kann absolute Sicherheit vor Gewalttaten garantieren, das ist uns allen klar. Aber er muss alles ihm Mögliche unternehmen, um seine Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Einen schwachen Staat können sich nur Reiche leisten. Der Deutsche Bundestag hat in den zurückliegenden Monaten bereits die gesetzlichen Grundlagen für die Terrorbekämpfung verbessert und auf Druck der SPD mehr Stellen bei Bundespolizei und Sicherheitsbehörden geschaffen. Wo es notwendig ist, schließen wir Rechtslücken. Bereits heute steht fest: Wir brauchen eine härtere Gangart gegenüber sogenannten Gefährdern. **Ausreisepflichtige Gefährder müssen schnellstmöglich abgeschoben werden** – und bis dahin gehören sie in Gewahrsam. Daneben müssen Polizei und Sicherheitsbehörden besser ausgestattet und die Präventionsarbeit verstärkt werden. Denn: Viele islamistische Gefährder besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft oder werden erst in Deutschland radikalisiert. Deshalb ist Präventionsarbeit so entscheidend. Wir wollen, dass salafistische, radikal-islamistische Moscheen geschlossen und Hassprediger ausgewiesen werden. Genauso wichtig ist, dass wir die Zusammenarbeit mit den vielen friedlichen Moscheegemeinden deutlich verstärken.

- **Initiative für mehr Steuergerechtigkeit**

Die steuerlichen Privilegien für Einkommen aus Kapital in Form der Abgeltungsteuer gehören abgeschafft. Wer arbeitet, muss derzeit mehr Steuern zahlen als jemand, der sein Geld für sich arbeiten lässt. Mit dieser Ungerechtigkeit muss Schluss sein! Außerdem soll Steuerhinterziehung später verjähren und das steuerliche Bankgeheimnis abgeschafft werden.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Bilder:

Daniel Becker, Lina Kramer

- **Stärkere Rechte für Mieterinnen und Mieter**

Die Mietpreisbremse muss nachgebessert werden. Wir wollen die Vermieter verpflichten, die vorherige Miete offenzulegen. Der Mietspiegel soll rechtssicher ausgestaltet werden und der Zeitraum für eine zulässige Mieterhöhung von drei auf vier Jahre verlängert werden. Nicht nur die Mieten, auch die Kosten für Wohneigentum steigen. Deshalb wollen wir Käufer bei den Nebenkosten eines Kaufs entlasten.

- **Gute Zeiten für Familien**

Wir setzen uns für eine schrittweise Abschaffung der Kita-Gebühren und einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ein. Wir wollen außerdem einen Familientarif im Steuerrecht, der Kinder begünstigt – unabhängig davon, ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht! Das Kindergeld wollen wir nach Einkommen und Kinderzahl staffeln, um die Finanzen von ärmeren Familien zu verbessern. Kinderrechte sollen im Grundgesetz verankert werden.

- **Recht auf befristete Teilzeit und Rückkehrrecht zur Vollzeit**

Damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Übergänge zwischen Voll- und Teilzeit erleichtert werden, wollen wir einen Anspruch auf Befristung der Teilzeit und Rückkehrrecht zur Vollzeit ermöglichen.

- **Maß und Mitte bei Managergehältern und Boni**

Viele in unserem Land empfinden es zu Recht als ungerechtfertigt, wenn ein Manager das Hundertfache eines Facharbeiters verdient und hohe Pensionen bekommt, während im Unternehmen gleichzeitig Jobs gestrichen werden. Bei der Vergütung von Managern sind inzwischen Maß und Mitte verloren gegangen. Wir wollen daher, dass Unternehmen Prämien und Boni höher als 500.000 Euro nicht mehr länger von der Steuer absetzen können.

- **Recht haben und Recht bekommen: die Musterfeststellungsklage**

Wenn Banken, Versicherer oder Energieversorger zum Beispiel unverhältnismäßige Gebühren erheben, kommt man als Einzelner oft nur mühsam dagegen an. Mit dem Instrument der Musterfeststellungsklage wollen wir jetzt Verbraucherorganisationen die Möglichkeit geben, für die Verbraucher Rechte wirksam vor Gericht durchzusetzen. Wer Recht hat, soll auch Recht bekommen!